Abschrift.Im Umkreis von "Artikel 1" der V.U. der D.E.K. Aus der Presse.

Zur kirchlichen Lage. schreibt das "Evang. Westfalen" (Mainnummer) u.a.: "Das ist bezeichnend für die Lage der DEK heute, daß Gruppen und Richtungen, die aufs Ganze gesehen unbedingt zusammen gehören noch immer nicht zusammenfinden können und zu einem ernsthaften gemeinsamen Unternehmen, das der Welt, in die unsere Kirche gestellt ist, Achtung oder doch wenigstens Beachtung abnötigt, nicht voranschreiten können. Je mehr alle Kreise, die sich zur DEK rechnen wollen, sich damit abfinden müssen, daß der Termin der Wahl hinausgeschoben wird und das seine Festsetzung wie auch die der Wahlordnung nicht in ihrer Hand liegt, umso mehr entstehen Gruppen und Kreise, die, mit besonderen Programmen und Vorschlägen auftreten, die klare, gerade, uns von D. Zoellner letztmalig am 11. März aufgewiesene Linie stören und kirchliche ~~Wir~~ mit politischen Zielen zu vermischen suchen. Ausdrücklich muß einmal gesagt werden: Es geht nun und nimmer an, daß Bek. Kirche gleich VKL in Dahlem gesetzt wird, wie das letzthin wieder Künneth und namentlich auch Horst Holstein in seiner Broschüre "Zur Neuordnung der Evangelischen Kirche" tun. Der Kreis der Bek. Kirche ist tatsächlich weiter und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß D. Zoellner mit seiner ganzen Arbeit allein dem tatsächlichen Anliegen der Bek. Kirche gedient hat. Es ist in dieser Lage besonders bedauerlich, daß auch die zuständigen Stellen des Staates dem Marahrens-Ausschuß die Qualifikation eines Gesprächspartners und damit auch die Benutzung der Kirchenkanzlei und des gesamtkirchlichen Verwaltungsapparates bisher versagt haben. Das ist besonders schmerzlich gerade für alle die, die der Zusammenfassung der DEK seit Jahrzehnten den Weg bereitet haben. Es ist ein eigenartiges Bild, wenn wir die kirchlich verantwortlichen Stellen des Staates an diesem Punkte in gemeinsamer Front mit den Radikalen der Bek. Kirche sehen gegen diejenigen, die von der Kirche aus ernsthaft dem Staate geben wollen, was des Staates ist. Die von Seiten des Staates für die Kirche verantwortlichen Stellen begründen ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Marahrens-Ausschuß damit, daß der Ausschuß sowohl wie auch sein Auftraggeber, die Bischofs- bzw. Kirchenführerkonferenz, nicht das Recht habe, für die ganze DEK zu sprechen und zu handeln, daß vielmehr gewisse Kreise der Kirche die Führung der Bischofskonferenz ablehnen. Diese Erkenntnis ist auf demselben Boden erwachsen, wie die, daß es dem Reichskirchenausschuß nicht gelungen sei, eine Einigung der Gruppen der Kirche herbeizuführen; sie übersieht, was wir immer betont haben, daß D. Zoellners Weg vom besten Erfolg begleitet gewesen sei und daß es nicht darum gehen könne, die Majorität und die rechte Lehre nach der Minderheit auszurichten. Diese Minderheit arbeitet aber nach wie vor stark mit politischen Mitteln. -

Zu den Verhandlungen zwischen LKA und altpreuss. Bruderrat nimmt "Um Glauben und Kirche" (No. 22) Stellung. Nachdem es im Anschluß an die Veröffentlichung des "Positiven Christentums" die Verhandlungspunkte zwischen LKA und Bruderrat dargestellt hat, schreibt das Blatt: "Damit ist in der Tat die Lage innerhalb der altpreussischen Union an solchen Punkten angefaßt worden, wo sie am allerschwierigsten war. Es handelt sich, soviel wir erfahren haben, nicht um eine endgültige Vereinbarung, sondern um einen Verhandlungsentwurf, der noch ratifiziert werden sollte. Fast könnte es scheinen, daß man hier reichlich schnell versucht hat, zu Lösungen zu kommen. Über den Fortgang dieses Versuches ist bekannt geworden, daß Schwierigkeiten eingetreten sind. Trotzdem geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß der beschrittene Weg zur Überwindung der vorhandenen Schwierigkeiten und damit zu einem großen Fortschritt in der Klärung der kirchlichen Gesamtlage führen wird."

Die Arbeitstagung der Kirchenbewegung "Deutsche Christen", die am 6. und 7. Juni in Weimar stattfand, hat, wie aus folgendem offiziellem Bericht hervorgeht, ihre besondere Bedeutung, weil hier der Grund zu einer umfassenden Reichsbewegung "Deutsche Christen" (nat. kirchl. Bewegung) gelegt wurde. In einer Urkunde, in einer Proklamation, die vom Leiter der Bewegung, Oberreg. Rat Leffler-Weimar, unter nicht endenwollendem stürmischem Beifall verlesen wurde, wird gesagt, daß die Kirchenbewegung "Deutsche Christen" (nat. kirchl. Bewegung) die "Deutschen Christen im Gau Baden", die Volkskirchenbewegung "Deutsche Christen" Gaugemeinde Württemberg, die Glaubensbewegung "Deutsche Christen Mecklenburg" und die Deutschen Christen im "Rheinland" sich zu einer einheitlichen Bewegung zusammengeschlossen haben, die den Namen "Deutsche Christen" (nat. kirchl. Bewegung) trägt. Die Aufnahmeorganisation ist die Kirchenbewegung "Deutsche Christen", die auch die Maßnahmen zum umfassenden Aufbau der Gesamtbewegung vornimmt. Der Leiter der Bewegung ist Oberreg. Rat Siegfried Leffler-Weimar. Im Laufe der Tagung schloß sich noch die Kampfgrusse der "Kommenden Kirche" in Hamburg an. Nach langer Zerrissenheit und langem Zwist gibt es also wieder eine einheitliche Bewegung "Deutsche Christen".

Die Rehm'sche Splittergruppe überschreibt "Die Nationalkirche" (No.23) u.a.folgende Sätze: "Durch seinen Bund mit den Ausschüssen hat Herr Rehm praktisch seine Bewegung an die Bekenntnisfront verraten, auch wenn er jetzt in feierlichen Erklärungen proklamiert, er wolle mit den Ausschüssen nichts zu tun haben. - Ohne von uns weiter angegriffen oder auch nur beachtet zu sein, hat Herr Rehm dem Ansehen des Deutschen Christentums unendlich geschadet, in dem er sich bei den Ausschüssen dadurch "lieb Kind" zu machen versuchte, daß er uns und unsere Kameraden durch absichtlich irreführende Äusserungen herabzusetzen versuchte. Es scheint, daß seine restlichen Anhänger gar nicht wissen, in welcher Auflösung sich ihre Gruppe befindet. Schon vor einigen Wochen ist der letzte Gau, der bis dahin Rehm Gefolgschaft geleistet hatte der Gau Schlesien unter Führung seines Gauobmannes von Schilleer zum weitaus größten Teil aus der Rehm-Gruppe ausgetreten und wird sich als selbständiger Gau dem Bund für Deutsches Christentum anschliessen. In der Provinz Sachsen haben sich ebenfalls vor einigen Wochen etwa 40 Pfarrer mit ihren Gemeinden von Rehm gelöst. Die große Gemeindeguppe von Elbing Stadt und Land hat sich unserer nat.kirchl.Bewegung angeschlossen. So sieht die Rehm-Bewegung in Wahrheit aus."

Eine Bekanntmachung:

Die "Rote Erde" meldet aus Karlsruhe: "Im Rahmen eines Dienstappells der Gauleitung Baden gab Gauleiter Robert Wagner bekannt, daß es künftig nicht geduldet werden könne, wenn Beamte stillschweigend und ohne ihren Protest in erlaubter, anständiger Form zum Ausdruck zu bringen, Schmähungen des Nationalsozialismus in Veranstaltungen oder "Gottesdiensten" hinnehmen, die diese Bezeichnung nicht verdienen. Gegen Beamte, die in solcher Weise gegen Treu und Glauben verstossen, soll künftig sofort ein Dienstverfahren mit dem Ziel der Entlassung eingeleitet werden. Dasselbe gilt für Parteigenossen.

Die "Mitteilungen der Rheinischen Provinzialkirche" No. 6 etc. sind zwar nicht beschlagnahmt, aber auch noch nicht freigegeben.

Sie enthielten u.a. den mehrfachen Schriftwechsel zwischen Reichsminister Kerrl und Landesbischof D.Marahrens zur Frage der Wahl.